



Pankow neu gestalten

Unser Bezirk wächst. Die Modernisierung der Gebäude schreitet voran, innovative Unternehmen siedeln sich an. Dies birgt aber auch Herausforderungen. Zuzug erhöht Preise und günstige Mieten werden

ebenso zur Mangelware wie Wohn- und Arbeitsräume für kleinere Betriebe. Hier muss Stadtpolitik tätig werden und ein Lebensumfeld im stetigen Wandel so gestalten, dass alle daran teilhaben können. Für uns Sozialdemokraten heißt das, dass wir Entwicklung aus der Sicht der Schwächeren betrachten und eingreifen, wo Betroffene überfordert sind. So werden wir Bildungs- und Jugendeinrichtungen erhalten und die wenigen Mittel, die dem Bezirk zur Verfügung stehen, darauf konzentrieren. Zugleich wollen wir das, was wir zum Verwalten brauchen, noch wirtschaftlicher verwenden. Deshalb setzen wir uns für die Umnutzung des Bezirksamtsgeländes an der Fröbelstraße im Prenzlauer Berg ein – nicht für Luxuswohnungen, sondern für kulturelle und soziale Nutzung und um neue Arbeitsplätze zu ermöglichen. Auch den betroffenen Beschäftigten in der Verwaltung bietet das Chancen. Sie können sanierungsbedürftige Räumlichkeiten verlassen und in funktionalere Gebäude umziehen. Die so gemachten Einsparungen gestatten uns die Einstellung neuen Personals. Das gilt vor allem für jene Bereiche, die die Betreuung sozial Schwächerer gewährleisten. Zu lange mussten wir Haushalte zulasten der Mitarbeiterschaft konsolidieren. Es ist daher an der Zeit, auch den Beschäftigten des Bezirks neue Perspektiven zu eröffnen.

Ihr Alexander Götz,
SPD-Kreisvorsitzender

SEKUNDARSCHULEN GUT ANGEKOMMEN!

Große Aufregung beherrschte Anfang dieses Jahres die Berliner Presse. Von unbelegten hohen Zahlen Berliner Gymnasiastinnen und Gymnasiasten war da die Rede, die das Probejahr nicht bestünden, und verunsicherte die Eltern. Doch gerade in Pankow hat sich die kontinuierliche Aufklärungsarbeit gegenüber den Eltern seit Beginn des „Projektes“ Sekundarschule gelohnt: Bei den aktuellen sechsten Klassen, die 2012 in die Oberschulen wechseln werden, haben nur sieben Prozent der 2017 Schülerinnen und Schüler ein Gymnasium gewählt, ohne die entsprechende Förderprognose zu haben. Einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema bescheinigt die Pankower Schulstadträtin Lioba Zürn-Kasztantowicz damit den Pankower Eltern. Auch habe ein Anteil von 17 Prozent derer, die eine Förderprognose für ein

Gymnasium bekommen haben, sich dennoch für eine Sekundarschule entschieden. „Nach Abschluss der Anmeldefrist können wir jetzt sagen, dass vier der Integrierten Sekundarschulen mehr Anmeldungen als Plätze haben und fünf der Gymnasien. Die Bescheide werden einheitlich Ende April versandt, aber schon heute ist absehbar, dass alle Schülerinnen und Schüler in einer Schulart ihrer Wahl in Pankow einen Platz bekommen werden.

„Es zeigt erfreulich deutlich, dass die Diskussion um einen numerus clausus (NC) für das Gymnasium sich nicht an den Realitäten orientiert. Auf dieses Verantwortungsbewusstsein sollten wir auch in Zukunft bauen und uns mit allen Kräften auf die stetige Qualifizierung unserer Oberschulen konzentrieren“, so die Stadträtin weiter. -mk

EINE NEUE CLUBSZENE FÜR PANKOW IN DER FRÖBELSTRASSE?

Wie die BVV die Schließung von Kultur- und Sozialeinrichtungen verhindert und Raum für neue Kultur schafft



Die Fröbelstraße – 1885 als Siechenheim für Arme erbaut und später als Krankenhaus genutzt

Anfang des Jahres sorgte eine Einsparliste des neu gewählten CDU-Kulturstadtrates für viel Aufregung. Um in seinem Ressort geforderte Einsparungen vorzunehmen, plante er die Schließung einiger der beliebtesten Kulturstandorte in Pankow und der ehrenamtlich geführten Nachbarschaftsbibliotheken. Auch die „Wabe“ war gefährdet. Angekündigte Schließungen von Seniorenfreizeiteinrichtungen sorgten bei den Pankowerinnen und Pankowern ebenso für Diskussion und Aufregung wie in den BVV-Fraktionen. Um zu sparen und gleichzeitig Kultur und Soziales in Pankow zu schützen, beschritt die Bezirksverordnetenversammlung einen Weg, der schon lange in den Überlegungen der SPD-Fraktion eine Rolle spielte: Die Schließung des zentralen Bezirksamtstandortes in der Fröbelstraße.

Das denkmalgeschützte Ensemble des Bezirksamtes Prenzlauer Berg ist ein Kleinod. Doch leider sind die Gebäude zu einem großen Teil marode. Ungefähr 10 Mio. Euro – so die Schätzungen des Bezirksamtes – wären allein für notwendigen Instandsetzungen nötig. Für den baulichen Unterhalt all seiner Gebäude hat der Bezirk aber nur ca. 9,5 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung. Allein die notwendigen Sanierungen

an Pankower Schulgebäuden würden ca. 100 Mio. Euro kosten. Als Priorität setzt die BVV jetzt darauf, die Fröbelstraße als zentralen Verwaltungsstandort zu schließen. Nur Bürgeramt, Parkraumbewirtschaftung und die regionalen Dienste des Jugendamtes sollen dort bleiben. Dazu kommt: Die Gebäude der Fröbelstraße waren nie als Bürogebäude für Verwaltung gedacht, wodurch die langen Flure und die teuren, nicht nutzbaren Nebenflächen im Unterhalt unwirtschaftlich sind. Vor dem Hintergrund, dass Sanierungen nicht wie nötig erfolgen, sind auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter unzumutbar geworden.

Mittelfristig sollen darüber hinaus die Dienstgebäude in der Darßer Straße in Weißensee, das Rathaus Weißensee und die Dienstgebäude in der Berliner Allee 100 geschlossen und an zentraler Stelle zusammengefasst werden. Die Vielzahl der Bürostandorte stammt noch aus der Zeit vor der Bezirksfusion. Im heute allseits angenommenen Einheitsbezirk Pankow genügt neben dem Rathaus Pankow ein einziger zentraler Verwaltungsstandort.

So beschleunigt der enorme Spardruck auf Berlin und den Bezirk eine ohnehin sinnvolle Entwicklung. Oft wird vergessen, dass auch landeseigene

Immobilien viel Geld kosten. Die BVV stand also vor der Entscheidung, ob sie bei Immobilienkosten oder bei freien Projekten spart.

Das Gelände Fröbelstraße soll nach dem Beschluss der BVV dem Liegenschaftsfonds Berlin GmbH übergeben werden. Bis zu dem geplanten Umzug bleibt das Bezirksamt als Mieter am Standort. Über die weitere Nutzung der Gelände sollen Gutachten erstellt werden in enger, intensiver Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern. Auf keinen Fall – so die BVV – soll das Ensemble zu Luxuswohnimmobilien werden. Ziel ist eine soziale, stadtverträgliche Entwicklung des gesamten Stadtquartiers.

Die BVV hat mit diesem Beschluss die Weichen gestellt. An der Fröbelstraße wird der Berliner Senat zeigen können, wie ernst er es mit seiner neuen Liegenschaftspolitik und damit mit der Erbbaupacht meint, die für schnelles Geld nicht geeignet ist. Die BVV setzt auf eine nachhaltige und sozial verträgliche Mischung mit einem Schwerpunkt auf gewerblicher, kultureller und sozialer Nutzung. Warum nicht wieder Raum für eine neue Clubszene schaffen?

Klaus Mindrup
Vorsitzender SPD Kollwitzplatz
finanz- und stadtentwicklungs-
politischer Sprecher
der SPD-Fraktion in der BVV

MOGELPACKUNG

„UNTERHALTSVORSCHUSSENTBÜROKRATISIERUNG“

Wie ein geplantes Gesetz das Gegenteil von dem bewirkt, was es vorgibt zu wollen

Familienpolitisch ist für Alleinerziehende einiges in Bewegung gekommen: Seit dem Mikrozensus 2009, der den Fokus nochmal speziell auf die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden setzte, diskutiert die Politik verstärkt darüber. Mit gleich mehreren finanzkräftigen Programmen will die Bundesregierung gezielt dagegen vorgehen. Doch das „Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz“ würde die Armut weiter manifestieren. Dabei macht sich Familienministerin Kristina Schröder gezielt die allgemeine Unwissenheit zunutze, um bei denen zu sparen, die es am nötigsten brauchen. Und widerspricht allen Forderungen der Familienverbände und auch der Berliner SPD.

Unterhaltspflichtige sollen danach zukünftig anstelle des Geldunterhaltes Kita, Musikschule oder andere Sachleistungen bezahlen können, was wiederum vom Unterhaltsvorschuss abgezogen wird. Das Gleiche gilt nicht für den Unterhalt. Dem Gesetzesentwurf liegt ein Denkfehler zugrunde, denn er richtet sich nicht etwa an zahlungsunfähige Eltern. Wer mehr als den Selbstbehalt hat, muss Unterhalt bezahlen, ganz oder teilweise. Also richtet sich das geplante Gesetz an die Unterhaltspflichtigen, die zahlen könnten, es aber nicht tun. Eine Studie des Bundesfamilienministeriums von 2008 zeigt, dass nur die Hälfte der Einelternfamilien Unterhalt voll und immer erhält, 25 Prozent nur unvollständig und mit Lücken, weitere 25 Prozent überhaupt keinen. Dabei geht es keineswegs nur um nicht zahlungsfähige Eltern. Der Unterhaltsvorschuss unterliegt vielen Einschränkungen, so

dass er ohnehin das Gegenteil von dem erreicht, was er bewirken soll.

Die Bundesregierung nutzt dabei Unwissenheit für sich. Wenige kennen genau Rahmen und Umfang des Unterhaltsvorschusses, die meisten gehen selbstverständlich davon aus, Unterhaltsvorschuss werde uneingeschränkt immer bezahlt, wenn der Unterhalt ausbleibt. Doch Unterhaltsvorschuss gibt es für maximal sechs Jahre, längstens bis zum 12. Geburtstag des Kindes. Kindergeld wird hier voll angerechnet, auf Unterhalt dagegen nur hälftig für den zahlenden Elternteil. Übrig bleiben maximal 180 €, die weit hinter dem Mindestunterhalt zurückbleiben. Geht der erziehende Elternteil eine neue Ehe ein, verliert das Kind Anspruch auf Unterhaltsvorschuss – den Anspruch auf Unterhalt natürlich nicht. Die Regelungen stellen Kinder getrennter Eltern so ungleich, dass Familienverbände schon lange eine Korrektur



fololia.de

und die Aufhebung von Fristen und Altersbegrenzungen fordern. Mit ihrem Beschluss vom November 2011 hat sich die Berliner SPD in den wichtigsten Punkten diesen Forderungen angeschlossen.

Vor allem aber hat diese Rechtswirklichkeit in vielen bundesdeutschen Ämtern zu einer Routine geführt, die nicht alle Rechtsmittel anwendet, um

den Vorschuss zurück zu holen. Für sie scheint es kostengünstiger, einfach den Unterhaltsvorschuss auszubezahlen und sich nicht weiter darum zu kümmern. Mit dem Ergebnis, dass unterhaltssäumige Elternteile nicht in die Verantwortung genommen werden. Die Folgen sind weitreichend: Der eingeschränkte Unterhaltsvorschuss ist eine Einladung an

zahlungsunwillige Eltern – in Deutschland zu 90% Väter –, sich zu entziehen. Für Kinder bedeutet das meist, dass sich diese Eltern dauerhaft verabschieden. Für die Gesellschaft bedeutet das Kinderarmut und die dauerhafte Abhängigkeit Alleinerziehender von Transferleistungen und Hartz-IV – während des Vorschusses und noch mehr nach Ablauf. Das und die langfristigen Folgen bezahlen alle.

Tatsächlich wäre hier mittelfristig mehr Bürokratie gefragt: Ein Vorschuss ist Vorschuss, die Rechtspraxis muss hier ein klares Signal an Unterhaltspflichtige senden. Langfristig darf der Unterhaltsvorschuss nur für diejenigen übernommen werden, die tatsächlich nicht bezahlen können. Der Staat würde dann finanziell erheblich entlastet, indem Armut eingeschränkt und die Folgekosten reduziert würden.

Martina Krahl

„STARK UND VERANTWORTLICH. RATGEBER FÜR VÄTER NACH TRENNUNGEN“

Wenn zwei, die sich liebten, sich trennen....sind sie oft nicht mehr zu zweit. Für die ehemaligen Partner und ihre Kinder ist es gerade zu Beginn eine besonders schwierige Situation, mit der sie kämpfen müssen. Neben den emotionalen Veränderungen müssen sie viele Entscheidungen treffen, das Leben neu organisieren und das alles so, dass die negativen Gefühle nicht Überhand gewinnen. Das ist ganz besonders dann schwierig, wenn die Trennung nicht einvernehmlich stattgefunden hat, vielleicht sogar in Streit und Uneinigkeit.

Denn getrennte Paare – in Deutschland zu 90 Prozent allein lebende Väter, alleinerziehende Mütter – und ihre Kinder sehen sich in Deutsch-

land einer vollkommen unklaren und uneinheitlichen rechtlichen Situation und vor allem Wirklichkeit gegenüber. Die scheint oder ist – mal für

mal für den einen, mal für die andere – nicht immer fair. Wut und Traurigkeit werden schnell zu Vorwürfen.

In der öffentlichen Wahrnehmung gibt viele Missverständnisse: Es wird von Sorgerecht gesprochen, aber Umgang ist gemeint. Wie ist der Unterhalt berechnet und was passiert, wenn einer Unterhalt nicht zahlen kann? Und immer sind ein anderes Amt, eine andere Stelle dafür verantwortlich. Die Berichterstattung in den Medien hilft oft auch nicht, hier Klarheit zu schaffen.

Das Väterzentrum Berlin hat

einen Ratgeber herausgegeben, der nicht nur für Väter interessant ist: „Stark und verantwortlich. Ratgeber für Väter nach Trennung.“

Ein Drittel aller Kinder – so die Herausgeber im Vorwort – haben keinen Kontakt mehr zum getrennt lebenden Vater. Der Kontakt breche besonders häufig im ersten Jahr ab, wohl auch aufgrund der rechtlich komplizierten Lage. Und so empfiehlt der Ratgeber den Vätern, nicht zu warten, sondern sich schnell beraten zu lassen und aktiv zu werden. Und sie stellen

fest: Schmerzhaft ist der Prozess für alle Beteiligten, für Mutter, Vater und Kind/er. Der Ratgeber will vor allem vermitteln. Vermittlung und Kommunikation stehen im Mittelpunkt. Und so gibt es nicht nur Rechtshinweise und Rat, sondern Väter kommen in verschiedenen Portraits mit ihren unterschiedlich gelebten Modellen zu Wort.

Der Ratgeber ist gegen Aufwandspauschale von 5 Euro erhältlich beim Väterzentrum Berlin www.vaeterzentrum-berlin.de.



(c) Väterzentrum Berlin

MAUERPARKERWEITERUNG – EIN ETAPPENSIEG!

Vergrößerung der Parkfläche so wahrscheinlich wie nie zuvor

Mit dem überraschenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses der Bezirksverordnetenversammlung Mitte vom 30. März, getragen von einer breiten Mehrheit von SPD, CDU und Grünen, rückt die große Erweiterung des Mauerparks in greifbare Nähe. Diesem Beschluss liegt ein Kompromiss zugrunde, den die „Freunde des Mauerparks e.V.“ und die Sprecher der „Bürgerwerkstatt Mauerpark“ ausgearbeitet haben und dem folgende Kernüberlegungen zugrunde liegen: Der gesamte südliche Teil des Mauerparks von der Bernauer Straße bis zum Gleimtunnel bleibt ohne Bebauung. Den

terzaun verwehrt. Der damit um 6 Hektar erweiterte Park sieht auch in Zukunft einen kulturell lebendigen Park ebenso vor wie das parkverträgliche Gewerbe mit dem Flohmarkt und dem „Mauersegler“. Für die erweiterte Fläche sollen von den Bürgern selbst ruhigere Nutzungen geplant und gestaltet werden können. Denkbar wäre zum Beispiel gemeinsames Gärtnern, eine Idee, die die Bürgerwerkstatt konkret entwickelt. Auf der nördlichen Seite des Gleimtunnels soll es einen ausreichend breiten Grünstreifen geben, der das „Grüne Band“ Richtung Pankow und Humboldthain fortsetzen wird.



Der Mauerpark mit dem Zaun zum Wedding.



Bald schon freier Zugang zum Park vom Wedding?

Anwohnern des Wedding-Brunnenviertels wird nicht länger der Zugang zum Mauerpark durch den trennenden Stahlgit-

Westlich davon kann eine genossenschaftlich getragene und ökologisch nachhaltige Bebauung mit bis zu 400 Wohnungen

entstehen. Mit einer Genossenschaft und dem möglichen Ankauf von Belegungsrechten durch den Senat kann für einen Teil der Wohnungen dadurch mittelfristig erschwinglicher Wohnraum auch für geringere Einkommen entstehen.

Wie kam es zum Kompromiss?

Nachdem Staatssekretär Christian Gaebler (SPD) von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Ende Februar erklärt hatte, dass der Senat die bei Nichterweiterung fällige Strafsumme von 2,25 Mio. Euro an die Allianzstiftung lieber für einen Teilkauf von Flächen südlich des Gleimtunnels nutzen wolle, kam Bewegung in den Stillstand der letzten Jahre. Daraufhin schlossen sich Gewerbetreibende im südlichen

Feld zu einer „Interessensgemeinschaft ParkKultur“ zusammen. Sie sehen sich ebenso in der Lage, eine beachtliche Teilfläche zu kaufen oder zu pachten wie die „Initiative für ein genossenschaftliches Wohnquartier am Mauerpark“ in Gründung, die im Norden für 4 bis 5 Mio. Euro Land erwerben würde. Insgesamt ist es also realistisch, dass die von der CA Immo geforderte Kaufsumme zusammenkommt.

Rasches Handeln angesagt!

Nach Verlautbarung des jetzigen Flächeneigentümers, der CA Immo, will diese das gesamte Areal aber nur an einen Käufer veräußern. Gibt es keinen Kaufdeal, setzt die CA Immo auf eine logistikbezogene Gewerbeansiedlung, die mit lärm-

den LKWs, Containerhalten und Gewerbe einher ginge. Eine sehr unerfreuliche Perspektive für die direkten Anwohner im Brunnenviertel!

Der Senat ist hier gefragt, sich schnell und entschlossen um den Mauerpark zu kümmern, indem die zuständigen Senatsverwaltungen mit der CA Immo Verhandlungen aufnehmen. Mit einer Erbpachtlösung für das südliche Gewerbe und einer Genossenschaft im Norden bliebe der Mauerpark in der Hand des Landes.

Bürgerinnen und Bürger – auch die in verschiedenen Initiativen organisierten – sollten jetzt die Chance nutzen, sich zu engagieren, damit die große Erweiterung des Mauerparks Wirklichkeit wird. Politisch, indem sie vom Senat hörbar fordern, schnell und entschieden für den Mauerpark tätig zu werden. In der Ideenentwicklung, indem sie an den weiteren Planungen für einen Kulturpark teilnehmen, u.a. in der Bürgerwerkstatt Mauerpark. Und nicht zuletzt aktiv, indem sie mit Schaufel und Hacke selbst Hand anlegen und den Mauerpark mit gestalten.

Rainer Krüger,
SPD Falkplatz-Arnimplatz und
„Bürgerwerkstatt Mauerpark“

GAUCK – DER RICHTIGE PRÄSIDENT ZUR RICHTIGEN ZEIT

Ein Kommentar von Lucas Koppehl

Vor zwei Jahren war Joachim Gauck als Präsidentschaftskandidat von SPD und Grünen angetreten und überraschend nur knapp gescheitert. Dank eines kuriosen Schachzugs der FDP, der so schnell nicht vergessen sein wird, wurde er nun doch Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Beide Kandidaturen wurden dabei aktiv von der Internetgemeinde begleitet. Spülte ihn 2010 noch eine Welle der Unterstützung u.a. mit fast 40.000 Unterstützern in einer Facebook-Gruppe in traumhafte Popularitätswerte, wurde nach der Nominierung von Schwarz-Gelb 2012 schlagartig Kritik laut. Oft vorgeschoben und teils polemisch, wurde Gaucks Freiheitspathos der Sinn für Solidarität und soziale Gerechtigkeit abgesprochen. Seine Antrittsrede im Deutschen Bundestag beendete aber einen Teil dieser Debatte, indem Gauck sein Lebensthema „Freiheit“ mit einer angstfreien

und zukunftsgerichteten Vision über das künftige Deutschland verband. Sein Bekenntnis, welches Glück die erste freie Wahl vor genau zwanzig Jahren für ihn bedeutet habe und sein gehaltenes Versprechen, niemals mehr eine Wahl versäumen zu wollen, richtete zudem eine deutliche Aufforderung an die wachsende Zahl der politikverdrossenen Nichtwähler.

Getreu seines Grundsatzes, dass Freiheit nicht von etwas, sondern für etwas zu verstehen ist, findet sich der Weg zu sozialer Gerechtigkeit nicht darin, dass die Menschen sich vom Fürsorgestaat bemuttern lassen, sondern indem sie vom

vorsorgenden Sozialstaat in die Lage versetzt werden, Bürger zu sein. Freiheit ist nach diesem Verständnis kein abstraktes Gut, sondern eine notwendige Bedingung, um sich selbst verwirklichen zu können. Daraus erwächst jedoch auch die Aufgabe für die Politik, es mit ihrem Bekenntnis zu einer gerechten Ordnung ernst zu meinen, da sonst das Vertrauen in die Demokratie sinkt. „Unser Land muss also ein Land sein, dass beides verbindet: Freiheit als Bedingung von Gerechtigkeit – und Gerechtigkeit als Bedingung dafür, Freiheit und Selbstverwirklichung erlebbar zu machen“, so Gauck.

Dies gilt auch für die Einwanderer, die zuvor fürchteten, die Philosophie seines Amtsvorgängers Christian Wulff von einer einladenden, offenen Gesellschaft würde mit Joachim Gauck an Bedeutung verlieren. An dieses Anliegen anzuknüpfen, sei ihm aber wichtig, das machte er in seiner Antrittsrede deutlich. Sicher darf man gespannt sein, wie Gauck sich dieses Themas annimmt.

Nach den Ereignissen um Christian Wulff, die die Distanz zwischen Regierenden und Regierten leider nur noch verschärft haben, rät Gauck: Die politischen Handelnden mögen sich einer offenen und klaren Sprache

bedienen, dann könne das verloren gegangene Vertrauen wiedergewonnen werden. Auf der anderen Seite mögen die von den demokratischen Institutionen enttäuschten Bürger sich mit ihrem Unmut nicht abfinden. Denn auch hier setzt sein Lebensthema nahtlos an: Freiheit ermöglicht es mitzugestalten und „eine der schönsten Möglichkeiten des menschlichen Daseins“, nämlich Verantwortung zu leben. Auch für die eingangs erwähnte digitale Netzgemeinde ist dies von Belang. Denn wer Freiheit und Transparenz fordert, der muss auch Verantwortung übernehmen.

Gut aufgestellt für Pankow und Berlin:

WAS WIR FÜR SIE ERREICHEN WOLLEN!

Sechs Pankowerinnen und Pankower der SPD werden in den kommenden Jahren an entscheidenden Stellen die Geschehnisse des Landes Berlin und des Bezirks Pankows mitbestimmen: **Sandra Scheeres** ist neue Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, **Torsten Schneider** als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Clara West** wurde zur stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus gewählt. Im Bezirk ist **Matthias Köhne** erneut zum Bezirksbürgermeister gewählt worden, **Lioba Zürn-Kasztantowicz** bleibt Stadträtin für Soziales, Gesundheit, Schule und Sport, **Sabine Röhrbein** trägt Verantwortung als Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung. Wir haben sie alle gefragt, welche Herausforderungen die Ämter mit sich bringen und was sie für Berlin und Pankow erreichen wollen.

Frau Scheeres, Ihre Ernennung zur Senatorin kam für viele sehr überraschend. Auch für Sie?

Scheeres: Nein, intern war ich schon länger im Gespräch. Dass Klaus Wowereit mich gefragt hat, ist das Ergebnis meiner Arbeit als jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und meines Engagements im Rahmen der Koalitionsverhandlungen. Fachlich habe ich mich mein Leben lang mit diesen Themen auseinandergesetzt und sie bedeuten mir auch persönlich viel: Als gelernte Erzieherin, als Diplom-Sozialpädagogin und nicht zuletzt als Referentin der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe war ich bereits in diesem Feld aktiv. Und als Mutter zweier Söhne



Sandra Speeres im Gespräch

©Röhrbein

Scheeres: Inhaltlich hat sich meine Arbeit nur wenig verändert. Bildung und Jugend waren ja bereits als Abgeordnete meine großen Schwerpunktthemen. Mit der Wissenschaft war ich politisch im Arbeitskreis befasst, aber hier musste ich mich natürlich stärker einarbeiten. Als Senatorin habe ich nun mehr Möglichkeiten, auf der anderen Seite auch mehr Verantwortung. Wir haben in den letzten Jahren mit der Schulstrukturreform und mit vielen anderen Projekten wie dem Kinderschutzgesetz und der Kinderschutzhotline eine Menge in Berlin erreicht. Nun möchten wir wichtige Themen wie die Verbesserung der Lehrerausbildung und die Situation der Lehrer in Berlin angehen. Ein ganz großes Thema meiner Amtszeit wird die Inklusion sein. Teilhabe von Menschen mit Behinderung fängt bereits in der Kita an und wird in der Schule fortgeführt.

Wir müssen alle Beteiligten in den Prozess einbeziehen und das geht nicht mal eben von heute auf morgen. Wir wollen hier nichts übers das Knie brechen, sondern eine gute und langfristige Lösung finden.

Sie sind ja auch die direkt gewählte Abgeordnete von Pankow Süd und Heinersdorf. Wie werden Sie als Abgeordnete für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein?

Scheeres: Mir ist das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern in Pankow-Süd und Heinersdorf sehr wichtig. Ich werde nach wie vor ein offenes Ohr für ihre Anliegen haben. Wer ein Anliegen rund um den Wahlkreis hat, kann mich über mein Abgeordnetenbüro oder meine Abgeordnetenwebsite erreichen. Als Abgeordnete bin ich weiterhin regelmäßig im Wahlkreis und biete auch immer wieder Bürgersprechstunden an.

Clara West, Sie waren bisher in der Pankower Bezirksverordnetenversammlung die Vorsitzende des Kulturausschusses, im Abgeordnetenhaus sind sie jetzt im Haushaltsausschuss. Völlig neuer Aufgabenbereich oder auch Kontinuität?

West: Beides. An meiner grundsätzlichen Haltung und den auf der Bezirksebene gesammelten Erfahrungen hat sich ja nichts geändert: Nämlich, wie sich bestimmte Entscheidungen im Bezirk konkret auswirken und wie schwierig es oft ist, dafür zu sorgen, dass wichtige Einrichtungen wie Bürgerämter, Bibliotheken oder Senioreneinrichtungen erhalten bleiben. Neu ist für mich die viel größere Verantwortung: Ich muss bei meiner neuen Aufgabe im Hauptausschuss alle Bezirke und natürlich auch den Landeshaushalt im Blick haben.

Sie sind auf Anhieb stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende geworden. Welche Aufgaben übernehmen Sie hier, was hoffen Sie, hier in fünf Jahren für Berlin erreicht zu haben?

West: Organisatorisch kümmere ich mich in der Fraktion vor allem um die Bezirke und um die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch der anderen neuen Kolleginnen und Kollegen. Als Mitglied der Fraktionsspitze will ich dafür



Clara West

sorgen, dass die SPD in der rot-schwarzen Koalition als die bestimmende soziale Kraft in Berlin erkennbar bleibt. Für mich persönlich besteht die größte Herausforderung darin, niemals die Bodenhaftung zu verlieren und authentisch zu bleiben.

Sie haben Ihren Wahlkreis Prenzlauer Berg Nordost und südliches Weißensee ja auch direkt gewonnen.

Was wollen Sie für Ihren Wahlkreis und Pankow im Abgeordnetenhaus erreichen? Wie können Bürgerinnen und Bürger Sie erreichen, wenn ein Anliegen haben?

West: Konkret möchte ich u.a. die Gesprächsreihe rund um den Teil der Greifswalder Straße nördlich des S-Bahn-Rings fortsetzen. Hier möchte ich gemeinsam mit den Anwohnern, den Kommunalpolitikern, den Gewerbetreibenden und mit allen Verantwortlichen im Sozial- und Kulturbereich Ideen dafür entwickeln, was man überhaupt machen und was man vor allem besser machen kann. Dafür und bei allen anderen Fragen kann man mich ganz einfach über meine Internetseite oder über mein Büro im Abgeordnetenhaus erreichen. Außerdem biete ich seit kurzem regelmäßig Bürgersprechstunden und Veranstaltungen vor Ort an.

Frau Röhrbein, Sie sind die neue Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung Pankow. Was sind da Ihre Aufgaben?

Röhrbein: Ich vertrete die Bezirksverordnetenversammlung in allen Angelegenheiten. Immer, wenn die BVV direkt angesprochen wird, bin ich gefordert. Bei offiziellen Anlässen vertrete ich mit unserem Bezirksbürgermeister Matthias Köhne den Bezirk Pankow. Mir ist besonders wichtig, dass die Pankowerinnen und Pankower die BVV als ihre kommunalpolitische Vertretung noch besser kennenlernen und mehr nutzen. Bezirkspolitik lebt von einer aktiven Bürgerschaft.

Hat man als BVV-Vorsteherin Gestaltungsspielraum?

Röhrbein: Eine Bezirksverordnetenvorsteherin sollte sich zu wichtigen Ereignissen äußern. So wie etwa bei Aktionen zum Internationalen Tag „Nein zur Gewalt an Frauen“. Ich habe die Pankowerinnen und Pankower aufgerufen, am Welt-Aids-Tag für Menschen mit HIV und AIDS zu spenden. Zum



Sabine Röhrbein mit der Berliner ASF-Vorsitzenden Eva Högl

©Röhrbein

Herr Köhne, welche politischen Ziele haben Sie sich für Ihre zweite Amtszeit gesetzt?

Köhne: In einem wachsenden Bezirk ist es notwendig, dass jeder seinen Platz findet. Trotz aller Dynamik brauchen wir eine behutsame Stadtentwicklung, die Altes und Neues miteinander verbindet. Ich will Einfluss auf die Rahmenbedingungen nehmen, die dafür sorgen, dass weitere Wohnungen gebaut werden, dass Pankow weiterhin die geringste Arbeitslosenquote aller Bezirke hat und weiterhin mehr Gewerbebetriebe anals abgemeldet werden. Konkret wünsche ich mir, dass in dieser Wahlperiode der

Ortsteil Buch an die positive Entwicklung des Gesamtbezirkes anschließen kann, der erste Spatenstich auf dem Gelände des ehemaligen Rangierbahnhofes Pankow erfolgt, die Heidekrautbahn regelmäßig auf ihrer Stammstrecke nach Wilhelmsruh und später bis Gesundbrunnen fährt sowie weitere Windkraftanlagen in Pankow entstehen. Nicht zuletzt hat auch die solide Haushaltsführung weiterhin einen hohen Stellenwert.

Im März wurde unter erheblichen Protesten der Bezirks-haushalt verabschiedet. Kann der Bezirk in Zeiten leerer Kassen

den Anforderungen der Bürger überhaupt noch gerecht werden?

Köhne: Kaum. Die Bezirke bekommen ihre finanziellen Mittel vom Land Berlin zugewiesen. Die sind für die nächsten beiden Jahre viel zu gering angesetzt. Die Bezirke haben ausgerechnet, dass über 110 Millionen Euro fehlen, um die Leistungen, die sie letztes Jahr erbracht haben, aufrechterhalten zu können. Im Abgeordnetenhaus haben SPD und CDU den Bezirken eine Aufstockung von 50 Millionen Euro versprochen. Aber auch dieses Geld reicht nicht aus, so dass die Bezirke weiter kürzen müssen. Das heißt sowohl Personal ein-



Matthias Köhne bei der Eröffnung des Radweges Usedom.

sparen als auch freiwillige Angebote, etwa in der Kultur, im Bezirk reduzieren oder bezirkliche Einrichtungen in andere Trägerschaften überführen oder aufgeben.

Die Bevölkerung Pankows

wächst. Vor welche Herausforderungen stellt das den Bezirk? Wie werden Sie dem begegnen?

Köhne: Jede Kommune wäre froh, würde sie so wachsen wie Pankow. Ein Problem ist, dass damit die Nachfrage immer größer wird, die personellen und finanziellen Ressourcen aufgrund der Haushaltslage aber sinken. Hier driftet etwas auseinander. Die Beschäftigten des Bezirksamtes sind aufgrund des jahrelangen Einstellungsstopps und Personalabbaus im Schnitt zu alt und überlastet. Wenn Senat und Abgeordnetenhaus hier keine andere Politik umsetzen, stirbt der Staat über kurz oder lang ab.

Torsten Schneider, Sie sind wieder ins Abgeordnetenhaus Berlin gewählt worden und seit Dezember hier der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Mit Ihrer neuen Aufgabe können Sie das Erscheinungsbild der SPD-Fraktion maßgeblich mitprägen. Wie werden Sie das tun, wo sehen Sie Ihre Schwerpunkte?



Torsten Schneider

Schneider: Die Fraktion ist gut aufgestellt. Sie arbeitet konstruktiv und vertrauensvoll und trägt den Senat. Viele neue Kollegen haben Verantwortung übernommen und bereichern die Fraktion mit ihren Erfahrungen. Gemeinsam stellen wir uns den Herausforderungen einer großen Koalition und der drückenden Finanzlage der Stadt. Als Parlamentarischer Geschäftsführer wirke ich organisatorisch im Hintergrund und treffe zugleich täglich politische Entscheidungen. Dabei arbeite ich als rechte Hand des Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh eng mit dem übrigen geschäftsführenden Vorstand zusammen.

Was hoffen Sie, in fünf Jahren für Berlin und für die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus erreicht zu haben?

Schneider: Aufgabe der Fraktion wird neben dem politischen Alltagsgeschäft sein, das linke

Profil der SPD wahrnehmbar zu schärfen. Dabei bin ich zentrale Schnittstelle zwischen Senat, Partei und Fraktion und helfe politische Vorgaben umzusetzen. Die Zusammenarbeit mit dem Chef der Senatskanzlei klappt sehr gut, wir telefonieren mindestens wöchentlich. Auch mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand arbeite ich gut zusammen und nehme an den wöchentlichen Sitzungen teil.

Sie haben Ihren Wahlkreis Alt-Pankow, Pankow und Niederschönhausen ja auch direkt gewonnen. Was wollen Sie für Ihren Wahlkreis und Pankow im Abgeordnetenhaus erreichen? Wenn Bürgerinnen und Bürger ein Anliegen haben: Wie sind Sie erreichbar?

Schneider: Das Pankower Zentrum erlebt eine rasante Entwicklung. Hierher ziehen die meisten Menschen. Hier wird viel gebaut. Wir müssen aufpassen, dass die öffentliche Infrastruktur Schritt hält. Die Schulen müssen saniert werden. Die Grünanlagen, der besondere Charme des Pankower Zentrums, müssen auf hohem Niveau gepflegt bleiben. Mich können die Pankower bei meiner monatlichen Sprechstunde im „Kaffee Nord“ treffen. Oder rufen Sie mich einfach an: 030/2325-2220.

Frau Zürn-Kasztantowicz, Sie sind erneut Bezirksstadträtin für Soziales, Gesundheit, Schule und Sport in Pankow – ein vielfältiger Bereich. Wie bringt man das alles unter einen Hut?

Zürn-Kasztantowicz: Da muss man sehr flexibel sein. Der Schulbereich, die Sportvereine, die Sozial- und Senioreneinrichtungen, das Jobcenter und der Gesundheitsbereich, das ist schon sehr vielfältig. Durch meine langjährige Berufstätigkeit als Sozialpädagogin bringe ich eine Menge Fachwissen mit und „Schule“ war schon immer mein Steckenpferd. Gerade diese Vielfältigkeit macht das Spannende aus. Man ist direkt dran am Menschen.

Die Schulstrukturreform ist auf den Weg gebracht und die Sekundarschulen werden gut angenommen. Das wird aber kaum heißen, dass es im Schulbereich nichts mehr zu tun gibt, oder?

Zürn-Kasztantowicz: Nein und das wird auch nie so sein. Nach wie vor macht mir der bauliche Zustand der Schulen große Sorgen. Trotz aller Erfolge der letzten fünf Jahre gibt es noch zu viele Schulen, die sanierungsbedürftig sind und wo das Geld fehlt. Seien es Einzelmaßnahmen oder Schulen, die komplett saniert werden müssten. Da wir in den letzten Jahren vor allem mehr Schülerplätze brauchten, sind der Sporthallenbau und die Schulhofgestaltung ins Hintertreffen geraten. Inhaltlich ist das Thema dieser Wahlperiode die Inklusion, die Integration von Kindern mit Behinderung in die Regelschulen. Die UN-Behindertenrechtskonvention gibt uns vor, dass wir das angehen müssen. Dabei müssen alle Beteiligten mitgenommen und Elternwahlrecht garantiert werden. Unsere Schulsenatorin Sandra Scheeres möchte die Diskussion neu aufrollen. Daran werde ich aktiv teilnehmen.

Und was ist Ihnen im Sozialbereich besonders wichtig?

Zürn-Kasztantowicz: Immer mehr Menschen in unserem Bezirk brauchen Transferleistungen. Das Sozialamt ist aber unterbesetzt. Stellen können nicht nachbesetzt werden, weil keine Außeneinstellungen möglich sind. Das müssen wir ändern! Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf zeitnahe Bearbeitung ihrer Anträge. Arbeitsrückstände sind ein erhebliches finanzielles Risiko für den Bezirk. Ein weiterer Bereich ist die Struktur unserer sozialen Einrichtungen und der Einrichtungen für Senioren und Seniorinnen. Hier müssen wir die vorhandenen Ressourcen so im Bezirk verteilen, dass alle Generationen partizipieren können und planen, was man wo gemeinsam oder innerhalb eines Gebäudes machen kann, um Raum für alle Generationen zu schaffen und bürgerschaftliches Engagement zu befördern.



Lioba Zürn-Kasztantowicz im Gespräch.

Frauentag habe ich mit viel Spaß ein Skatturnier für und mit Frauen durchgeführt, das 2013 sicher eine Fortsetzung findet. Ich will, dass die Menschen mit der Bezirkspolitik ins Gespräch kommen.

Kommunalpolitik ist bürgernah. Woran kann man das im Tagesgeschäft erkennen?

Röhrbein: Die BVV bietet viele Wege, um eigene Themen oder bezirkspolitische Ideen einzubringen. Das kann über die BVV-Website geschehen, auf der Eingaben und Beschwerden an die BVV und an das Bezirksamt gerichtet werden können. Mithilfe der Bezirksverordneten können sie auch Bürgeranträge einbringen, die dann wie alle anderen Anträge beraten werden. Alle Sitzungen der BVV und ihrer Ausschüsse tagen öffentlich, Interessierte können daran teilnehmen und in den Ausschusssitzungen auch mit den Bezirksverordneten diskutieren.

An welchen Stellen können noch Verbesserungen erzielt werden?

Röhrbein: Viele Pankowerinnen und Pankower engagieren sich in Vereinen und Initiativen, die wir jährlich mit einem Ehrenamtspreis ehren, und gestalten so ihren Kiez mit. Doch die Anerkennungskultur lässt sich sicher noch ausbauen. Wir diskutieren gerade verstärkt über Transparenz und Mitwirkung, z. B. mit der Livestreamübertragung der BVV-Tagung. Weitere Teilnahmeformen sind in Vorbereitung. Mir ist wichtig, dass sich noch mehr Menschen in unserem Bezirk einbringen und sich fürs Gemeinwohl engagieren.

STRASSENLEXIKON:

Dr.-Markus-Straße

Unscheinbar, aber geschichtsträchtig



Französisch Buchholz, ganz im Norden des Bezirkes Pankow gelegen, gehört nach der Friedlichen

Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands zu den zahlreichen Ortsteilen im Osten Berlins, deren Straßennamen oft aus Nummern bestanden. So trägt die ehemalige Straße 53 seit November 1994 den Namen des Mediziners und NS-Verfolgten Dr. Max Markus. Der beliebte Buchholzer Arzt, geboren im Dreikaiser-Jahr 1888, begann 1913 seine Tätigkeit als praktischer Arzt und Geburtshelfer und führte im damals noch eigenständigen Dorf Buchholz die Säuglings- und Tuberkulosefürsorge ein. Viele Kinder aus der Umgebung erblickten mit seiner Hilfe das Licht der Welt. Doch trotz seines Erfolges bedeutete seine jüdische Herkunft wie für viele Juden im Deutschland der nationalsozialistischen Machtergreifung Gefahr für Leib und Leben sowie für die Ausübung seines Berufes. Denn wengleich ein angesehenes Bürger und erfolgreicher Mediziner, und obwohl er bereits zum Christentum übergetreten war, begann ab dem 1. April 1933 ein Boykott seiner Praxis. Während des Novemberpogroms 1938 wurde er in das KZ Sachsenhausen deportiert, das er im Dezember nur unter der Voraussetzung verlassen durfte, Deutschland für immer zu verlassen. Doch seiner Emigration nach England folgte eine dortige Internierung, an die sich die Ausweisung nach Australien anschloss. Erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er britischer Staatsbürger und eröffnete in England eine Praxis. Er kehrte nie mehr nach Deutschland zurück.

Schriftlich hatte der Arzt jedoch für seine Villa verfügt, sie möge auch weiterhin dem guten Zweck dienen, was während der DDR auch geschah. Mehrere Jahrzehnte lang war hier das Minna-Fritsch-Haus mit betreutem Wohnen für Mädchen aus schwierigen Familienverhältnissen untergebracht. Erst lange nach der Wende und der Klärung der Eigentumsverhältnisse räumte der Träger das Haus und es wird seither privatwirtschaftlich genutzt. Die Markus-Villa in der Berliner Straße 16, die der 1951 verstorbene Markus einst bewohnte, sowie die 1994 umbenannte Straße zeugen noch heute im Ortsbild von Französisch Buchholz von seiner Vergangenheit.



-lk- Die Markus-Villa

KUNSTFEST PANKOW 2012



Fotos: ©Gesobau AG

Auch in diesem Jahr findet das Pankower Kunstfest im Schlosspark Schönhausen statt, diesmal am 9. und 10. Juni.

Das Volksfest – dieses Jahr bereits zum 13. Mal rund um das Schloss Schönhausen – lockte im vergangenen Jahr mehr als 15.000 Besucher an und hat sich damit einen festen Platz im Pankower Veranstaltungskalender gesichert. Auf der sogenannten Kunstmeile dürfen sich die Besucher dieses Jahr auf rund 60 bildende Künstlerinnen und Künstler freuen, auch Liebhaber der Musik werden rund 30 musikalische Darbietungen verfolgen können. Für die ganze Familie gibt es ein großes und lustiges Kinderprogramm, mit Puppen-

bühnen, Malen, Kneten, Keramikgestaltung u.v.m. So wird spielerisch auch der Nachwuchs an die Welt der Kunst herangeführt. In Kurzführungen können sich die Besucherinnen und Besucher über die 350jährige Geschichte des Schlosses und seiner Bewohner informieren. Am Samstag musizieren Schülerinnen und Schüler der Musikschule Béla Bartók aus Berlin Pankow. Der Eintritt beträgt hierfür 4,00 €. Veranstalter ist wieder das landeseigene Wohnungsunternehmen GESOBAU gemeinsam mit zahlreichen weiteren Pankower Akteuren.

Seit dem Jahr 2000 richtet die GESOBAU das Fest an jedem 2. Juniwochenende aus, auf dem Maler, Bildhauer,

Schmuckdesigner, Töpfer, Grafiker, Holzgestalter, Modedesigner, darstellende Künstler und viele andere ihre Werke präsentieren. Diese sind auch käuflich zu erwerben.

Doch nicht nur der Kunstmarkt erlaubt der Kulturszene einen wirtschaftlichen Umsatz.

Auch gemeinnützige und öffentliche Institutionen werden durch ihre öffentlichen Auftritte in ihrer Arbeit unterstützt und weitere künstlerische Einrichtungen gesponsert. Die gesponserten Projekte präsentieren dann zum Fest die Ergebnisse ihrer Arbeit. Der Eintritt zum Kunstfest 2 €, für Kinder unter 14 Jahren ist er frei.

-lk-

ELLA-KAY-BÜRGERPREIS 2012 FÜR [MOSKITO]

In einer Zeit immer neuer Erkenntnisse über das NSU-Neonazi-Trio entschied sich die SPD Pankow, den diesjährigen Ella-Kay-Bürgerpreis für das Ehrenamt der Netzwerkstelle [moskito] des Pfefferwerkes zu verleihen. Es ist ein deutlicher Dank und ein Zeichen für das lange, konsequente und aktive Engagement gegen Rechtsextremismus sowie für Demokratie und Vielfalt. Mit Workshops und Weiterbildungen für Kinder und Jugendliche, mit der Koordinierung und Vernetzung der



A. Götz, Kreisvorsitzender SPD Pankow, verleiht den Preis

Aktivitäten des Lokalen Aktionsplans Pankow „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und „Wir sind Pankow – tolerant und weltoffen.“ bietet die Netzwerkstelle schon seit vielen Jahren eine ganze Bandbreite von Aktivitäten, die Demokratieverständnis fördern soll und entschieden Diskriminierungen jeder Art entgegentritt. Schon seit 2005 führt [moskito] das Pankower Regis-

ter und ist dabei wegweisend. Diese Chronik listet alle rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierten Angriffe und Vorfälle im Bezirk auf. Betroffene und Zeugen von demokratiefeindlicher und intoleranter Diskriminierung bzw. Propaganda können hier bei den über ganz Pankow verteilten Anlaufstellen Vorfälle melden und Unterstützung erhalten. Eine Übersicht der Anlaufstellen finden Sie auf www.pankower-register.de oder unter Tel. 443 71 79. -lk-

PANKOWS KULTUREINRICHTUNGEN GERETTET!

Startschuss für die weitere Strukturdebatte

von Rona Tietje, Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung

Das Kulturensemble am Thälmannpark, die Galerie Pankow, die Ehrenamtsbibliotheken in Französisch Buchholz, Wilhelmsruh und im Böttzowviertel sowie weitere Kultureinrichtungen – lang war die Liste der Einrichtungen, die nach den Plänen des Kulturstadtrates Dr. Kühne (CDU) geschlossen oder in eine Trägerschaft außerhalb des Bezirkshaushaltes überführt werden sollten.

Für die SPD-Fraktion war klar, dass dieser kulturelle Kahlschlag verhindert werden muss. Mittels einer gemeinsam mit den Grünen erstellten Beschlussempfehlung gelang es, am 14. März in der BVV einen Haushalt zu verabschieden, mit dem alle Kultureinrichtungen erhalten werden konnten. Um die bezirkliche Kulturlandschaft auch langfristig zu sichern, sind jedoch strukturelle Maßnahmen not-

wendig. Daher sieht der Haushaltsbeschluss umfangreiche Auflagen im Kulturbereich vor. So wird derzeit die treuhänderische Abgabe des Kulturreals *Thälmann Park* an die *Gesellschaft für soziale Stadtentwicklung (GSE)* geprüft. Ziel ist es, den Bezirk von den hohen Immobilienkosten zu entlasten. Die „Wabe“, das „Theater unterm Dach“ und die *Galerie Parterre* sollen langfristig ebenso erhalten werden

wie die Kunstwerkstätten und die Jugendtheateretage. Das soll durch Rückmietung der dafür notwendigen Räume von der gemeinnützigen GSE geschehen. Langfristig ist das wirtschaftlicher für den Bezirk als der Eigenbetrieb des Areals.

Ferner ist eine umfassende Evaluierung und – falls notwendig – eine Straffung der Pankower Bibliothekslandschaft geplant sowie die Prü-

fung eines Umzuges der *Galerie Pankow* in bezirkseigene Räumlichkeiten. Ziel ist es, die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger bei niedrigeren Kosten zu erhalten.

Wenn diese und weitere vorgesehenen Maßnahmen nun konsequent weiterverfolgt und umgesetzt werden, stehen die Chancen gut, dass wir auch künftig auf die Kleinode der Pankower Kulturlandschaft nicht verzichten müssen.

NACHBARSCHAFTSBIBLIOTHEK FRANZÖSISCH BUCHHOLZ BLEIBT!

Nach großer Aufregung im ganzen Bezirk ist es doch gelungen: Mit dem Beschluss des Doppelhaushaltes 2012/2013 im März dieses Jahres wurde die Nachbarschaftsbibliothek in Französisch Buchholz doch noch gerettet, die nötigen 5.000 Euro wieder in den Haushalt eingestellt. Auch zahlreiche andere Kultur- und Bildungseinrichtungen im Bezirk wurden wieder von der Streichliste genommen, so z.B. die Bibliothek in Wilhelmsruh oder die Musikschule in Buch. Dass gerade die Ehrenamtsbibliotheken auf der Streichliste des Kulturstadtrates standen, schien dabei besonders unverständlich zu sein. Bereits im Jahr 2004 stand die damals noch hauptamtlich geführte Stadtteilbibliothek Französisch Buchholz kurz vor der Schließung, weil dem Bezirk das Geld fehlte.

Schon damals widersetzte sich die Buchholzer Anwohnerschaft und gründete Anfang 2005 die Nachbarschaftsbibliothek. Im Jahr 2006 wurde ein eigener Verein zum rechtssicheren Betrieb der Bibliothek gegründet, die seither von 15 bis 20 Mitstreitern ehrenamtlich geführt wird. Einige von ihnen wurden vom Senat sogar mit dem Freiwilligenpass geehrt. Seither entstehen dem Bezirk



nur noch die jährlichen Mietkosten von 5.000 Euro. Annähernd 10.000 Bücher wurden so im Jahr 2011 von fast 400 Lesern ausgeliehen. Rund die Hälfte sind Kinder aus der Umgebung.

Ganz besonders für die Ehrenamtlichen der Nachbar-



Die Nachbarschaftsbibliothek wirbt um Mithilfe

schaftsbibliothek Französisch Buchholz war das Signal der Schließung ein unverständliches. Patenschaftsprojekte werden berlinweit ins Leben

gerufen, generationsübergreifende Stadtteiltreffpunkte sollen gezielt unterstützt werden und freiwilliges Engagement wird prominent auch auf Bundesebene beworben und gewünscht.

Das jedoch machen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Nachbarschaftsbibliothek schon seit sechs Jahren sehr erfolgreich. Ihre Motivation ist genau das: Einen Treffpunkt der Generationen zu schaffen, vor allem Kindern den leichtesten Zugang zu Büchern und zum Lesen zu gewähren und einen der wenigen kulturellen Standorte vor Ort zu erhalten. Auch deshalb muss die Pankower Politik in Zukunft bei Haushaltsberatungen vorsichtiger mit genau diesen ehrenamtlichen Einrichtungen umgehen.

-lk-

„TALK IM KIEZ“

Kiezbewohner stellen sich vor:
Vom „Ureinwohner“ bis zum „Neuling“

Es wurde getalkt, gelacht und vor allem gespannt gelauscht: Der Start von *Talk im Kiez*, einem neuen Veranstaltungsformat der SPD-Falkplatz-Arnimplatz, bot spannende, amüsante, manchmal auch wehmütige, immer aber persönliche Einblicke in den Gleimkiez und seine Geschichte.

Genau darum geht es bei *Talk im Kiez*: Geschichten von nebenan. Und zwar aus dem Leben ganz normaler Menschen, die in den Kiezen um den Falkplatz aufgewachsen sind oder hier schon vor längerem oder

wird in jeder Veranstaltung der Reihe mit verschiedenen Gästen gesprochen, vom „Ureinwohner“ bis zum „Neuling“.

Am 27. März fand der Talk im Kiez zum ersten Mal statt. Den Anfang machten Günter Fritz, Mitbegründer der Ateliergemeinschaft „Atelier 18“, Ur-Berliner und im Kiez seit der Wende, Daniela Dempf, die mit ihrem in Vietnam geborenen Mann Thann und zwei Kindern erst seit zwei Jahren hier wohnt und Steff und Martin vom Fahrradgeschäft Wulf in der Kopenhagener Straße, die allseits



Moderator Rainer Krüger mit Günter Fritz vom „Atelier 18“

erst kürzlich hergezogen sind. Anwohnerinnen und Anwohner, Gewerbetreibende, Kulturschaffende. Nicht in erster Linie politisch, sondern unterhaltsam möchte die neue Veranstaltungsreihe Menschen im Kiez die Möglichkeit geben, sich kennen zu lernen: Wer sind wir, die wir hier im Gleimviertel zusammen leben und wohnen? Was verbindet uns? Was sind unsere Geschichten? Darüber

bekannt sind, deren Familiengeschichten aber dennoch keiner so richtig kannte.

Nach dem gelungenen Auftakt wird der *Talk im Kiez* ca. alle sechs Wochen stattfinden. Die nächsten Termine stehen schon fest. Am 8. Mai und am 26. Juni gibt es jeweils drei neue Geschichten aus der Nachbarschaft. Immer ab 19:30 Uhr im „Haus der Sinne“, Ystader Straße 10. Der Eintritt ist frei. -ww-

„BRÜCKEN ÜBER DIE MAUER“

Deutsch-Deutsch von unten

Im Buch „Brücken über die Mauer“, 2011 erschienen im Schibri-Verlag, werden deutsch-deutsche Kontakte, Initiativen und Projekte aus der Mitte der Bevölkerung vor 1989 in Berlin dokumentiert. In 17 Beiträgen beschreiben ostdeutsche und westdeutsche Autoren ihre Erlebnisse in der Zeit zwischen 1961 und 1989.

Trotz aller administrativen Hemmnisse und der Teilung Deutschlands entwickelte sich in dieser Zeit eine Kultur der Kontakte und Verständigung, die in dieser Fülle und Vielfalt in der westdeutsch dominierten Geschichtsschreibung bisher kaum Erwähnung gefunden hat.

Nach diesen Interpretationen war die DDR vor allem ein totalitärer Staat.

Folgt man jedoch der von den Herausgebern beachichtigten oral history, also der erzählten Geschichte, erweitert sich der Blick auf den ostdeutschen Alltag, die ostdeutsche Gesellschaft und ihre Bürgerinnen und Bürger.

Tragisches, Komisches, Absurdes, vor allem aber Menschliches tritt hervor und hinterlässt einen bleibenden Eindruck. So etwa, wenn der Filmregisseur Herwig Kipping sein Überleben in der DDR als einen Akt der Selbstbefreiung beschreibt, indem er dem westdeutschen Brieffreund von seinen kafka-

esken Lebensumständen berichtet und von diesem im Ge-



genzug moralischen Beistand und Bücher erhält. Helmut Hampel, seit 1953 Mitglied der SPD in Ost-Berlin, erhält in den siebziger Jahren regelmäßig Besuch von einem West-Berliner Genossen, der jedoch Hampels Bestrebungen zur Reaktivierung der ostdeutschen SPD an die Staatssicherheit meldet.

In weiteren Beiträgen gelangt nach unendlichen Wirrnissen die bedrohte Bohnsdorfer Bockwindmühle ins West-Berliner Technikmuseum, tauschen Sammler ihre Zinnfiguren und halten Kirchengemeinden intensiven Kontakt trotz Kalten Krieges, Mauer und Stacheldraht.

Dieter Winkler wünscht sich in seinem Nachwort, dass zukünftige Historiker die DDR-Geschichte nicht nur vorurteilsfrei betrachten mögen, „wir sollten von ihnen auch erwarten, dass sie umfassender und präziser erforschen, nicht nur wie wir unter, sondern wie wir trotz der Diktatur über uns agierten. Auch in der DDR waren Staat und Gesellschaft nicht eins.“

„Brücken über die Mauer“, Hans-Joachim Rieseberg/Dieter Winkler (Hrsg.) erschienen im Schibri-Verlag 2011.

Andreas Bossmann,
SPD Niederschönhausen

FAMILIENTIPP:

„2. LANGE NACHT DER FAMILIE“

Aus 101 Veranstaltungen 2011 werden dieses Jahr fast 1001 Unterstützer!

Am 5. Mai 2012 findet sie zum zweiten Mal statt: Die „Lange Nacht der Familie“ in Berlin. Im Jahr 2010 startete das „Berliner Bündnis für Familie“ das ambitionierte Projekt und knüpfte an die Idee der „Langen Nächte“ an, die Berliner Museen, aber inzwischen auch Forschungseinrichtungen, Firmen, Kirchen und viele mehr erfolgreich durchführen.

Anfänglich wurde dieses sehr anspruchsvolle Projekt, zu dem vor allem Träger der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen aufgerufen waren, noch von Skepsis begleitet. Denn: Wie lange ist eine Lange Nacht für Kinder? Ganz klar, dass hier die Projekte mit ihren Ideen gefragt waren. Um

aber den Zauber der Idee zu vermitteln, lehnte sich die 1. Lange Nacht der Familie an die orientalischen Märchen von „1001 Nacht“ an. Die Zahl der „101“ Veranstaltungen vervielfachte sich, allein in Pankow gibt es 2012 bis dato 20 Veranstaltungen.

Dazu gehören nicht nur freie Träger, sondern auch Unternehmen und Restaurants. Ob es das Väterzentrum mit deutsch-polnischem Abend mit Mini-Sprachkurs und Pi-



roggi-Essen ist. Ob die Kinder bei Albatross draußen in Karow Monopoly im Kiez spielen. Aber auch das Dunkelrestaurant Nocti Vagus wird ein Kinderprogramm mit Dunkelbühne durchführen. Das Stadtteilzentrum Pankow wird zum

Geisterschloss und Bezirksselternausschuss Kita und „Dreiradwechsel e.V.“ bringen die ganze Familie wohligh zum Schauern. Auch der Lesben- und Schwulenverband

Berlin-Brandenburg führt in Vorbereitung der „Respect Gaymes“ im Juni zusammen mit dem Sportjugendzentrum Lychi die „Respect Nights“ mit einem Familientischtennisturnier durch.

Alle Informationen finden die Familien auf www.familiennacht.de, wo inzwischen auch der umfangreiche Plan zu allen Berliner Veranstaltungen heruntergeladen werden kann. Den wird es auch bei allen teilnehmenden Akteuren und in der Zitty-Ausgabe vom 2. Mai geben.

Schirmherrin ist übrigens die Mitbegründerin und langjährige Sprecherin des Pankower Bündnisses für Familie, Sandra Scheeres.



TERMINE

1. Mai 2012 von 13 bis 18 Uhr

Die traditionellen Feste der SPD Pankow zum 1. Mai mit Musik, Spielen, Familienprogramm und Gesprächen mit Ihren Landes- und Bezirkspolitikern!

- im Bürgerpark auf der Festwiese. Mit Hüpfburg, Puppentheater „Gong“, Chor und Jazzquartett der Musikschule Pankow, Taekwondo und Tanzvorführungen.
- Werneucher Wiese am Volkspark Friedrichshain: Traditionelles Kinderfest SPD Prenzlauer Berg statt. Mit Hüpfburg, Spiel- und Bastelstraße, Puppentheater und viel Informationen für die Eltern.
- Im Schlosspark Buch: traditionelles Volksfest der SPD Karow-Buch mit Hüpfburg, Schminken, Kinderprogramm, Musik und Programm von Pankower Projekten

5. Mai 2012, 17 Uhr bis Mitternacht

„2. Lange Nacht der Familie“ mit 20 Veranstaltungen in Pankow für Kinder und ihre Familien. Mehr auf dieser Seite.

8. Mai und 26. Juni 2012, ab 19.30 Uhr

„Talk im Kiez“: Vom „Ureinwohner“ bis zum „Neuling“ im „Haus der Sinne“, Ystader Straße 10, Berlin-Prenzlauer Berg.

Die SPD Falkplatz lädt die Nachbarschaft ein, sich kennen zu lernen. Mehr auf S.7.

26. Mai 2012, 10 bis 20 Uhr

Fest der SPD Falkplatz/Arnimplatz auf dem Arnimplatz, Spiel und Spaß für Kinder und Erwachsene.

2. Juni 2012 ganztägig

„Respect Gaymes – Zeig Respekt für Schwule und Lesben“ im Ludwig-Jahn-Sportpark mit Fußballturnier, viel Sport und Spiel und Prominenz. Eintritt frei.

9. und 10. Juni 2012, ab 10 Uhr

„Kunstfest Pankow 2012“. Die GESOBAU lädt ein zu Kunst, Attraktionen und ins Schloss Schönhausen. Im Schlosspark Schönhausen. Mehr auf S. 6.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD Kreisverband NO,
www.spd-berlin-nordost.de

Auflage:
7.500 Exemplare

ViSdP:
Alexander Götz

Redaktion:
Lucas Koppehl/Martina Krahl
(verantwortlich),
Eva Baumann,
Wolf Witte

Autoren:
Alexander Götz,
Klaus Mindrup,
Lioba Zürn-Kasztantowicz,
Rainer Krüger,
Rona Tietje,
Andreas Bossmann

Satz: verbum GmbH,

Druck: Druckhaus Schöneeweide